

„Gesamtdeutsche“ Aktivität in Pankow

SED will Gegengewicht zu Kanzler-Reise schaffen

Das vergangene Wochenende wurde in der Zone gekennzeichnet durch eine Fülle „gesamtdeutscher“ Konferenzen und Beratungen. Höhepunkt war die „III. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz“ in Leipzig, an der laut offizieller Verlautbarung 3700 „westdeutsche Delegierte“ teilgenommen haben. Der Tenor aller dort abgegebenen Erklärungen Ulbrichts und anderer Funktionäre waren scharfe Ausfälle gegen das konsequente Auftreten des Bundeskanzlers in Moskau. Gleichzeitig versucht die in der übergeordneten Politik ins Hintertreffen geratene SED durch eigene — in keiner Hinsicht neuartige — „Wiedervereinigungs-Vorschläge“ die Aufmerksamkeit wieder auf sich zu lenken. Diese Bemühungen lassen in ihrer Gesamtheit erkennen, wie wenig der SED tatsächlich an ernsthaften Gesprächen über die Wiedervereinigung liegt.

In dieser Hinsicht war auch die Argumentationsanweisung der SED-Bezirksleitung Berlin für diese Woche interessant. In ihr wurde die Reise des Bundeskanzlers bereits von vornherein als „verfehlt und unaufrichtig in ihren Absichten“ abgetan.

Wörtlich heißt es: „Die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und der Regierung der Bundesrepublik würde die Preisgabe der mit den Pariser Verträgen gekoppelten Kriegspolitik und der westdeutschen Remilitarisierung voraussetzen. Im Zeichen der „Politik der Stärke“ kann nicht verhandelt werden.“

Hier wird versucht, in der breiten Massenagitation den Sinn der Adenauer-Reise völlig umzukehren. Und wer die jetzt überall zu diesem Thema abgehaltenen Betriebs- und Einwohnerversammlungen der kommunistischen Organisationen besucht, dem wird die Tendenz solcher Agitation völlig klar: Nirgends ist die Rede davon, daß die Sowjetregierung den Bundeskanzler zu dieser Aussprache gebeten hat, daß die Sowjets brennend an der Aufnahme wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik interessiert sind und daß Adenauer die Frage der Kriegsgefangenen

nicht als „Provokation“ — wie es die SED hinstellt — behandeln wissen wollte, sondern als Auftrag unzähliger deutscher Familien, denen dies der erste Gesprächspunkt mit den Sowjets wäre.

SED-Meinungsverwirrung

Die gegenwärtige SED-Propaganda hat nur den einen Sinn: die öffentliche Meinung, die sich jetzt, nach den Moskauer Gesprächen, über die Sowjets bildet, bereits prophylaktisch gegen den Bundeskanzler zu beeinflussen. Adenauer hat gezeigt, daß er nicht nur nach Moskau gefahren ist, um mit Bulganin Höflichkeitsskizzen vor den Kameraleuten auszutauschen und das Bolschoi-Theater zu besichtigen, sondern um die tatsächlichen Kernpunkte, an denen die Wiedervereinigung bisher gescheitert ist, zur Sprache zu bringen. Damit aber begibt sich der Bundeskanzler auf ein für die SED gefährliches Parkett. Jahrelang haben die Vertreter der Zonenregierung über die Wiedervereinigung geredet und das „Gespräch mit Bonn“ verlangt. Jetzt war dieses Gespräch da: aber nicht zwischen Bonn und Pankow, sondern, wie es sinnvoller ist, zwischen Bonn und Moskau!

Hier hat die SED, will sie

das Gesicht wahren, nur eine Chance: sie muß dahingehend argumentieren, daß Adenauer nicht für ganz Deutschland spricht. Daß die Bevölkerung der Zone mit der SED und ihrer Regierung bestens zufrieden ist und daß die westdeutsche Bevölkerung im Grunde genommen nichts sehnlicher wünscht als ein gesamtdeutsches Staatswesen nach DDR-Prinzipien. Dieser „Beweisführung“ dienen jene „gesamtdeutschen Konferenzen“, die jetzt in Blüte stehen.

Wer war in Leipzig?

Ein Blick auf die jetzt in Leipzig organisierte „Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz“ rückt diese Winkelzüge in das rechte Licht. Wer war in Leipzig? Es waren tatsächlich fast 3000 Leute aus der Bundesrepublik da, wenn auch nicht gerade 3700. Rund 1800 von diesen „Arbeitern, Bauern und Gewerkschaftlern“ waren mit Freikarten und Tagesspesen über die KPD und andere kommunistische Organisationen zu einem fünf-tägigen Besuch der Leipziger Messe eingeladen worden. Von der „gesamtdeutschen Konferenz“ erfuhren sie erst, als sie in Leipzig waren. Ihr Gratis-Aufenthalt verpflichtete sie dann zur Statisterei. Die übrigen waren waschechte kommunistische Funktionäre, in deren Schlepptau sich die Harmlosen bewegten. Ihre Leipzig-Reise sollte ein Gegengewicht bilden zur Moskauer-Reise der deutschen Regierungsdelegation. Ulbrichts Theateransprache sollte Adenauers Appell in Moskau über-tönen. So sieht zur Stunde des „gesamtdeutsche“ Interesse der SED aus. In den kommenden Wochen, wenn über das Ergebnis von Moskau argumentiert werden wird, sollte man daran denken.

Die Vereinbarungen mit den Sowjets

Botschafteraustausch und Gefangenen-Heimkehr zugesagt

Moskau (Eigenbericht). Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen wurden mit folgendem Ergebnis abgeschlossen: Zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion werden durch Austausch von Botschaftern vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates sowie des Präsidiums des Obersten Sowjets diplomatische Beziehungen aufgenommen. Auf deutscher Seite besteht mit diesem Zugeständnis auf Grund der Verhandlung die

Gewißheit, daß die Frage der Gefangenen, die in umfangreichen Verhandlungen erörtert worden ist, in absehbarer Zeit so geregelt wird, daß diese Menschen in ihre Heimat zurückkehren können. Dabei soll es sich nicht nur um Kriegsgefangene, sondern auch um Zivilgefangene handeln. Die Lösung der Gefangenenfrage wird also mehr Menschen umfassen, als mit der sowjetischen Zahl von 9626 angegeben war.

Schließlich wurde beschlossen, eine Handelsdelegation zu bestimmen, die sich mit den Möglichkeiten eines deutsch-sowjetischen Warenaustausches prüfend befassen wird.

Mit diesen Vereinbarungen wurde die Moskauer Begegnung abgeschlossen. In der Frage der diplomatischen Beziehungen war es notwendig, gewisse deutsche Vorbehalte anzumelden, die in einem der beiden Briefe Adenauers an Bulganin enthalten sind. Diese Vorbehalte betreffen zunächst die Festsetzung der deutschen Grenzen durch einen Friedensvertrag, bedeuten also nicht Anerkennung der unter Verletzung des Potsdamer Abkommens von Moskau als endgültig bezeichneten Oder-Neiße-Grenze. Ferner betreffen sie den Anspruch der Bundesregierung, Gesamtdeutschland zu vertreten. Diese Vorbehalte finden allerdings nicht die Zustimmung der Sowjetunion. Sie mußten aber zur Wahrung des deutschen Rechtsanspruchs gemacht werden.

Was die Frage der diplomatischen Beziehungen betrifft, so hat der Bundeskanzler, obwohl für diesen reinen Verwaltungsakt die Zustimmung des Parlaments nicht erforderlich ist, doch seine Zustimmung und die des Bundesrates zur Voraussetzung gemacht. Der Bundeskanzler wird den beiden Gremien zweifellos empfehlen, der von ihm getroffenen Vereinbarung zuzustimmen.

In den Besprechungen wurde auch die Frage eines sowjetischen Gegenbesuches in Bonn erörtert. Ohne daß irgendwelche Vereinbarungen hierüber getroffen wurden, hat der Bundeskanzler erklärt, daß er sich freuen würde, den sowjetischen Regie-

rungschef auch einmal in Bonn begrüßen zu können.

Der Briefwechsel

Der Briefwechsel zwischen Dr. Adenauer und Ministerpräsident Bulganin über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen — das zweite Dokument der Moskauer Konferenz — hat folgenden Wortlaut:

„Seiner Exzellenz dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Marschall Bulganin in Moskau — Herr Ministerpräsident! Auf Grund der Übereinstimmung, die im Laufe der Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion erzielt wurde, habe ich die Ehre, Ihnen zu bestätigen, daß die Bundesregierung den Beschluß gefaßt hat, diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion aufzunehmen und diplomatische Vertreter im Range von außerordentlichen Botschaftern auszutauschen.

Die Bundesregierung bringt die Überzeugung zum Ausdruck, daß die nunmehr herzustellenden diplomatischen Beziehungen der Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa dienen werden.

Die Bundesregierung geht hierbei davon aus, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen werden und damit auch zur Lösung des gesamtnationalen Hauptproblems des deutschen Volkes, der Wiederherstellung der Einheit eines deutschen de-

mokratischen Staates, verhelfen wird. Diese Erklärung tritt in Kraft, sobald das Bundeskabinett und der Deutsche Bundestag sich damit einverstanden erklärt haben.

Genehmigen Sie, Herr Ministerpräsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung, gez. Adenauer.“

Der Brief Bulganins an Adenauer ist identisch mit dem des Bundeskanzlers, nur daß bei ihm an Stelle der Worte „Bundesregierung“ und „Bundestag“ die Worte „sowjetische Regierung“ und „Oberster Sowjet“ treten.

Müdes Lächeln

Bei der Unterzeichnung des Kommuniqués saßen sich die Delegationen an einem mit weißem Tuch überzogenen Tisch gegenüber.

Die Stimmung bei der Unterzeichnung war gedämpft. Nach den lähen, stundenlangen Verhandlungen waren die Politiker müde und abgespannt. Das Lächeln, das sie zeigten, als die Kameras zu surren begannen, war nicht so spontan wie bei den anderen Treffen der letzten Tage. Es konnte nicht verbergen, daß dem Schlußakt im Scheinwerferlicht der Wochenschauen ein hartes Ringen vorausgegangen war.

Nach der Unterzeichnung wurden noch einige Worte ausgetauscht, die anscheinend auch einige scherzhafte Bedeutung hatten, denn Adenauer zeigte mit dem Finger auf Chruschtschow, was dieser lachend quittierte.

Adenauer lehnte es anschließend ab, sich über das Ergebnis und auf die Frage zu äußern, ob er mit dem Ausgang der Besprechungen zufrieden sei. Chruschtschow dagegen antwortete auf die Frage, ob man denn übereinstimme: „Ja, gut.“

Weltecho auf Kanzler-Reise

Urteil über Adenauer einhellig positiv

Berlin (Eigenbericht). Wir haben uns in der letzten Woche so sehr mit unserer eigenen deutschen Meinung über die Moskauer Verhandlungen beschäftigt, daß wir darüber die Meinung des westlichen Auslandes überhörten, jener „Neutralen“, die zwar an den Gesprächen unbeteiligt sind, diese aber mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und aus ihrer Distanz wahrscheinlich auch zu weitgehend objektiven Urteilen kommen.

Keine abfälligen Stimmen

Das Urteil, das einhellig gefällt wird, ist positiv. Abgesehen von der kommunistischen Presse Italiens und Frankreichs liegen keine abfälligen Stimmen gegen Adenauer vor. Es bedeutet sehr viel, daß ein führender deutscher Politiker bei einem ebenso schwierigen wie wichtigen Alleingang in die „Schlangengrube“ (wie Moskau im Ausland drastisch definiert wurde) sich das Vertrauen des nichtbeteiligten westlichen Auslandes erhält und zudem noch besondere Anerkennung erntet. Die italienische Zeitung „Il Secolo“ schreibt: „Er hat die Wahrheit wiederhergestellt, sich würdig verhalten und hat gesprochen nicht wie ein Besiegter, sondern wie der Führer einer großen intakten Nation.“

Eine zweite Übereinstimmung zeigt die Auslandspresse in ihrer Kommentierung der Kriegsgefangenenfrage. Man ist überrascht, wie intensiv dieses an sich intern deutsche Problem behandelt wird. „Mit der Forderung, daß das deutsche Kriegsgefangenen-Problem nur in Verhandlungen mit beiden deutschen Regierungen gelöst

werden kann, hat sich die Sowjetregierung in die Lage versetzt, auf Dr. Adenauer den größtmöglichen Druck auszuüben, um in direkte Verhandlungen mit dem ostdeutschen kommunistischen Regime einzutreten“ („Sunday Times“).

Die Londoner „Times“ meint, der Gang der Verhandlungen bestätige die Ansicht, daß die Sowjets von Anfang an wenig direkte oder greifbare Ergebnisse von dem Besuch erwarteten. Die Zeitung kommt zu der eigenwilligen Deutung: Die Russen wollen lediglich jede sich bietende Gelegenheit wahrnehmen, um die Vorstellung zu verbreiten, daß die deutsche Einheit nur zustande kommt, wenn die Bundesrepublik ihre Partnerschaft und ihre Sicherheitsbande mit dem Westen aufgibt; weil die Russen wissen, wie wenig Erfolg sie damit bei Dr. Adenauer haben, seien ihre diesbezüglichen Gedanken auf jene gerichtet, die, gleich welcher Partei, nach ihm das Kanzleramt übernehmen würden.

Der erste Stein

Die Sowjetunion habe durch Einschüchterungen versucht, schreibt die „New York Times“, den Bundeskanzler zur Annahme eines Schemas zu veranlassen, das auf die sowjetische Beherrschung ganz Europas abziele, doch Adenauer habe dieses Schema entschieden abgelehnt. Zum Thema Kriegsverbrecher bemerkt das Blatt: „Die Sowjets sind am wenigsten dazu qualifiziert, den ersten Stein auf jemanden zu werfen. Je eher sie dies begreifen, um so besser wird es für alle sein.“

Japaner kommen frei

Eine sowjetische Zusage

London (DPA/AP). Bei den sowjetisch-japanischen Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages soll der sowjetische Botschafter Malik zugesichert haben, nach dem Abschluß eines Vertrages 1190 Japaner zu entlassen, die noch in sowjetischer Haft sind.

Die Begnadigung soll durch den Obersten Sowjet erfolgen und auch für diejenigen Japaner gelten, die lebenslängliche Haftstrafen verbüßen. Malik hatte in der vergangenen Woche den Japanern eine offizielle Liste mit den Namen der als „Kriegsverbrecher“ verurteilten Japaner übergeben.

Der Kompromiß in Moskau

DT. Mit diesem Ergebnis von Moskau ist eine sehr zähe Konferenz zu Ende gegangen. Dem ungestümen Drang der Sowjets nach Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik stand die deutsche Auffassung gegenüber, daß vor einer solchen „Normalisierung“ zunächst eine menschlich und politisch normale Lage zwischen der Sowjetunion und Deutschland geschaffen werden müsse. Das war die Forderung nach Lösung der Gefangenfrage und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Zwischen diesen hart umkämpften Standpunkten kam es schließlich zu einem Ausgleich, der eine Einigung in der Mitte brachte. Falschen Deutungen in dieser Einigung wirken die deutschen Rechtsvorbehalte entgegen, die der Bundeskanzler in einem der beiden Briefe an Bulganin gemacht hat.

Am wenigsten befriedigend ist die Tatsache, daß in der Frage der Wiedervereinigung die Standpunkte der beiden Länder nach wie vor unvermittelt einander gegenüberstehen. Es wird Aufgabe der Genfer Konferenz und also der vier Mächte sein, in der Regelung dieser Frage, in der die Sowjets mit dem Hinweis auf die Pariser Verträge absolut hartnäckig geblieben sind, weitere Fortschritte zu erzielen.

Die Erwartung, daß die Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Lösung noch ungeklärter Fragen und also auch der Deutschlandfrage beitragen würde, ist sehr vage und kann uns in dieser Hauptsorge der deutschen Politik kaum beruhigen. Wenn indessen hier neue Möglichkeiten sich bieten sollten, dann müßten sie klug genutzt werden.

Fünf Heimkehrer

Göttingen (AP). Fünf Heimkehrer sind am Wochenende im Flüchtlingslager Friedland bei Göttingen aus der Sowjetunion eingetroffen. Sie verbüßten in verschiedenen Lagern Haftstrafen. In fahrplanmäßigen Zügen reisten sie von Moskau nach Deutschland.

Das war der „Tag der Deutschen“!

DT. Um ein Bekenntnis zur Heimat abzulegen, fanden sich aus allen Teilen Deutschlands die Vertriebenen mit den Berlinern zusammen. Berlin wurde bewußt als Ort der Kundgebungen gewählt. Die Symbolkraft der Stadt für den bleibenden natürlichen Anspruch auf Freiheit, Recht und Zusammengehörigkeit aller Deutschen ist beständig und wirkt fort. Was gegenüber West und Ost demonstriert werden soll, ist die Tatsache, daß die Erinnerung an die Heimat und der Anspruch auf sie lebendig bleibt, nicht als Sentimentalität, sondern als eine menschliche wie rechtliche Selbstverständlichkeit. Handelt es sich hier doch um ein „Grundrecht“, ohne dessen Wahrung eine bedrohliche Unordnung mehr und mehr jegliche Sicherung eines befriedeten menschlichen Zusammenlebens gefährdet. Vor fünf Jahren wurde das in der Charta der Heimatvertriebenen festgelegt. Was damals gesagt wurde, gilt unverändert bis zum heutigen Tag und ist auch für die Zukunft maßgebend; keine Verzichtserklärung auf das Recht,

das sich aber nur mit friedlichen Mitteln erfüllen kann.

Immer wieder hat man in dem Bekenntnis der tatsächlichen Einstellung der Vertriebenen und auch in böswilliger Absicht versucht, den Charakter der Charta umzudeuten und den Heimatvertriebenen „aggressive Revancheabsichten“ anzuhängen. Hierfür gab es in all der zurückliegenden Zeit keinerlei Beweise. Trotzdem hat die Presse Pankows in den letzten Wochen eine neue Kampagne gegen den „Tag der Deutschen“ entfesselt mit dem Ziel, diesen als ein Treffen der Junker und ostdeutschen Kapitalisten zu diffamieren. Das geschieht in der ohnmächtigen Wut eines Eingeständnisses, dem man sich östlicherseits nicht länger zu entziehen vermag: Durch die ebenso unmenschliche wie falsche Politik sind Millionen hochwertiger Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende und Fachleute aller Art aus den östlichen Gebieten nach Westdeutschland abgewandert.

Im Westen wie im Osten muß weiterhin erkannt werden: nur mit diesen Millionen wurde es

möglich das zu erreichen, was in der Kennzeichnung des westdeutschen Wiederaufstiegs gemeinhin als „Wunder“ bezeichnet wird. Die Menschen der östlichen Hälfte des Vaterlandes mit den ihnen gemeinsamen Fähigkeiten des Hervorbringens von Kulturwerten und des unermüdbaren handwerklichen Schaffens — sie haben den Westen durchdrungen und ihm somit zu einer Ergänzung verholfen, die jetzt ihre Früchte trägt. Wenn Ihnen dafür gedankt wird, so kann das allerdings nicht erlittenes und immer noch zu erleidendes Unrecht schmälern. Die Überlegung derer hat sich als allzu theoretisch erwiesen, die geglaubt haben, durch die materielle Sicherung der Vertriebenen in Westdeutschland das ganze Problem in absehbarer Zeit sozusagen automatisch lösen zu können. Auch in unserer Epoche existiert nicht nur das Materielle und das alleinige Verlangen nach seiner Befriedigung. Es existiert mehr: die Verwurzelung in dem Bereich, in den man durch seine Geburt gestellt wurde.

Wohnungsnot in 3 Jahren beseitigt

Sozialer Wohnungsbau wird energisch fortgesetzt

München (AP/DPA). Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker hat in München vor dem Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden versichert, daß der soziale Wohnungsbau mit vermehrter Energie fortgesetzt wird. Das noch bestehende Defizit von 1,8 bis 1,9 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik wird nach Ansicht des Ministers wahrscheinlich in drei bis vier Jahren beseitigt sein. Bis dahin sollte die Wohnraumbewirtschaftung weiter stufenweise gelockert werden.

Nach Ermittlungen des Wohnungsbauministeriums seien 700 000 Wohnungen in der Bundesrepublik nicht mehr erhaltungswürdig. Preusker sagte: „Die Mietzuchthäuser mit ihren menschenunwürdigen Hinterhöfen und ihren Fensterlöchern müssen niedergedrückt werden.“

Starker Anstieg des Flüchtlingsstroms

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung rechnet damit, daß die Aussiedlung der noch in Polen lebenden Deutschen jetzt in Gang kommt, teilte Bundes-

vertriebenenminister Oberländer der Presse mit. Günstig habe sich in der letzten Zeit die Rückführung von Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Jugoslawien entwickelt.

Der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone ist auch im August weiter angestiegen. Die Zunahme, die im August bereits 32 Prozent betrug, erhöhte sich in der ersten Septemberwoche noch einmal um fast 13 Prozent. Die Zahl der allein stehenden Flüchtlinge sei geringer geworden, weil die Rekrutierung zur Volkspolizei nachgelassen habe.

Zu der Behauptung sowjetzoner Stellen, im letzten Jahr seien etwa 100 000 Personen aus der Bundesrepublik in die Sowjetzone gekommen, erklärte Oberländer, diese Zahl sei „vage und durch nichts belegt“. In der Zeit vom 1. 1. 1953 bis 31. 3. 1955 hätten sich insgesamt 51 964 Personen polizeilich in die Sowjetzone abgemeldet. Auch wenn man die illegalen Grenzübertritte berücksichtigt, betrage das Verhältnis zwischen Zu- und Abwanderern noch immer 8 : 1.

Zehn US-Trabanten

Brüssel, (AP). Die USA werden im Laufe des Internationalen geophysikalischen Jahres 1957/58 sechs bis zehn künstliche Satelliten die Erde umkreisen lassen, wie der amerikanische Wissenschaftler Professor Newell bekanntgab.

Die Satelliten werden sich in vorher festgelegten Bahnen bewegen. Einige von ihnen umkreisen die Erde vermutlich um den Äquator.

Neuer Ton auf alter Welle

Hintergründe der Programm-Änderungen des Zonen-Rundfunks

Seit Sonntag bietet das „Staatliche Rundfunkkomitee“ der Zone seinen Hörern ein neues Programm. Das alte — erklärt die Leitung des Komitees selbstkritisch — sei „nicht angekommen“, das jetzige dagegen „der neuen Lage angepaßt“. Diese Lage bedinge eine mehr oder weniger geschickte Mischung von Propaganda, „nationalem Kulturerbe“ und leichter Unterhaltung. Da die Propaganda angesichts vieler Doppelzüngigkeiten für Ost- und Westdeutschland differenziert werden muß, wird gleichzeitig in größerem Maße als bisher eine Trennung der drei Zonen-Rundfunkprogramme durchgeführt.

Nach wie vor gibt es den „Deutschlandsender“, Berlin auf Programm I und II und die Bezirks-Studios. Der „Deutschlandsender“ wird völlig auf die Agitation für die westdeutsche Bevölkerung abgestellt. „Berlin I“ ist das zentrale Programm für Ostberlin und die Zone mit besonderen Sendungen für Westberlin. „Berlin II“ ist in erster Linie für die Provinz, die internen Belange der Bezirke und Kreise wie auch für die Landwirtschaft gedacht.

Ihm unterstehen sämtliche Bezirks-Studios bis auf das Studio Leipzig, daß weiterhin der Sendergruppe „Berlin I“ angeschlossen bleibt.

Hier wird zum ersten Male die Sonderstellung Leipzigs herausgestellt, das in Zukunft auch auf anderen Gebieten als eine Art „erweiterte Hauptstadt“ gelten soll. Durch eine engere Anpassung Ostberlin-Leipzig will die SED allmählich die mannigfaltigen Grenzen zwischen dem Sowjetsektor Berlins und der Zone zu verwischen suchen.

„Heimatabend“ für KPD

Die größte Aufmerksamkeit wird dem West-Programm des

Deutschlandsenders geschenkt. Durch eine genau differenzierte Mischung zwischen Nachricht, eingeblendetem Kommentar, politischem Hörspiel und Unterhaltungsprogramm hofft man das Interesse der Hörer in der Bundesrepublik für die Ostsendungen zu wecken.

Besondere „Heimatabend“ und „Berufs-Sendungen“ sind für die Gruppenarbeit der KPD und ihrer Unterorganisationen gedacht: Sie bilden ein vollständiges Repertoire für einen Hinterhof-Versamlungsabend, mit „lustigem Teil“, Heimatkunde, aktuellem Lokal-Klatsch und politischem Referat. Von den westdeutschen Kommunisten werden diese Sendungen — jeweils nach Heimatgebieten — entsprechend ausgenutzt. In den „Berufs-Sendungen“ werden reihum bestimmte Großbetriebe angesprochen bzw. Streikparolen zu lancieren gesucht.

„Berlin I“ sendet künftig unter Berücksichtigung der starken Verbreitung von SFB und RIAS in Ostberlin und der Zone. Offensichtlich hat die SED eingesehen, daß man das Abhören „feindlicher Sendungen“ nicht verbieten kann und stellt sich entsprechend um. Die akzeptabelsten Sendungen sind jeweils genau in die Nachrichtenzeiten der West-Sender gelegt, man übernimmt ganze westdeutsche Sendungen in ihrer Form und versucht sogar eine Art Peter Frankensfeld zu imitieren. Die politische Bedeutung dieses Senders wird folgendermaßen definiert: „In speziellen Sendereihen wie „Unser Stolz — unsere Republik!“ wird dem Hörer nahegebracht, daß die in zehn Jahren erworbenen demokratischen Errungenschaften unseres Staates auch in einem wiedervereinigten Deutschland nicht preisgegeben werden dürfen!“

„Berlin II“ mit seinen Bezirksstudios wird zum „Sender der kleinen Probleme“. Er wird argumentieren, warum es in Laucha keine Kartoffeln und in Kötschenbroda keine Schnürsenkel gibt. Das Auswahlen der „kleinen Sorge“ wird die große übertönen. Auch hier sind die Sendungen auf das Programm-Schema der westlichen Stationen abgestimmt. Von der Rätselesendung bis zum „Treffpunkt Berlin“ ist man im Unterhaltungsteil „auf westlich“ eingestellt. Selbst zahmer Jazz findet Eingang ins Programm.

Trotzdem ist es kein Zugeständnis an den Hörer. Es ist nur ein Versuch, ihn mit neuem Ton auf alter Welle zu halten.

Betreuung für Zonenbesucher

Berlin (AP/DPA). Der Hauptvorstand des Deutschen Städtebundes hat in Bingen seinen Mitgliedern empfohlen, Besucher der Sowjetzone in verstärktem Maße zu betreuen und notfalls in die allgemeine Fürsorge einzubeziehen.

Staatssekretär Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen empfahl menschliche und von jeder Politik freie Kontakte mit Mitteldeutschland und seiner Bevölkerung.

Reisen erschwert

Berlin (Eigenmeldung). Neue Erschwerungen für Interzonenreisende hat Pankow jetzt verfügt, wie der Untersuchungsausschuß freihetlicher Juristen bekanntgab. Künftig müssen alle Bewohner der Zone ihrem Antrag auf Reisen in die Bundesrepublik eine Bescheinigung ihres Betriebes beifügen, aus der ersichtlich ist, daß sie Urlaub haben und die Firma gegen eine Interzonenreise keine Bedenken erhebt.

Frauen, die nicht berufstätig sind, müssen eine solche Bescheinigung von der Arbeitsstelle ihres Mannes beibringen. Hierdurch soll verhindert werden, daß Frauen ihren Ehemännern, die nach dem Westen geflüchtet sind, nachfolgen.

Neumayer für Todesstrafe

Berlin (Eigenmeldung). Vor der Berliner Pressekonferenz berichtete Bundesjustizminister Neumayer über die Arbeit der Kommission, die Strafrechtsreformen berät. Im Rahmen dieser Reformen müsse auch das Problem der Wiedereinführung der Todesstrafe erörtert werden. Persönlich halte er die Wiedereinführung der Todesstrafe bei der Ahndung von Kapitalverbrechen für nicht entbehrlich. Die Regelung dieser Frage mache jedoch eine Ergänzung des Grundgesetzes erforderlich.

Ein Museum wird entwertet

Geschichtsfälschung und Propaganda im „Märkischen“

Eine der wenigen und erhalten gebliebenen Fundgruben Berliner Heimatgeschichte war 80 Jahre hindurch das „Märkische Museum“ im heutigen Ostsektor. Nach 1945 bildete es eine Oase im Wirbel kommunistischer Ausstellungen und baulicher Veranstaltungen Ostberlins. Vor allem, nachdem die Stadtverwaltung aus den Trümmern des geplünderten Zeughauses ein Museum für Parteigeschichte erstellen ließ. Nun ist das „Märkische“ — seit langem ein Dorn im Auge der SED — an der Reihe, der Geschichtsfälschung und Propaganda geopfert zu werden.

Bereits im vergangenen Jahr kritisierte eine SED-Kommission die — wie es hieß — „betont unpolitische Gestaltung“ des Museums. Hatte man seit 1945 bereits etliches entfernt, was der marxistischen Geschichtsschreibung zuwiderlief, ging es jetzt an die Substanz. „Es geht nicht länger an“, erklärte ein Vertreter des Ostmagistrats damals, „daß im Märkischen Museum die Lebensweise der Feudalherren und Militäristen verherrlicht und herausgestellt wird!“ Jeder, der dieses Museum kennt, weiß um die mit wissenschaftlichem Ernst zusammengetragene Sammlung, die wohl das getreueste Spiegelbild der Geschichte der Mark Brandenburg gegeben hat.

lung des Museums eine Schau von Dokumenten und Ausstellungsstücken aus der Geschichte der Arbeiterbewegung anzuhängen.

Diese Zusatz-Schaustellungen ergeben einen derart verwirrenden Mischmasch von Historie und oft plumpester Propaganda, daß — gerade für den weniger heimatkundigen Besucher — der einstige Wert des Museums verloren geht. So hat man z. B. eine von der SED zusammengestellte Abteilung über „Die Entwicklung des Schulwesens“ in Berlin placiert, die in einer einzigartigen Geschichtsfälschung lediglich die Absicht verfolgt, die Notwendigkeit der „Einheitsschule“ zu beweisen.

Des weiteren sind vom kommunistischen „Besucherrat“ Änderungen in der Beschriftung der Ausstellungsstücke vorgenommen worden. Man kann da lernen, daß die Ribbecks „feudale Ausbeuter“ waren, die von märkischen Dichtern (gemeint ist Fontane), „im Auftrage der herrschenden Klasse besungen werden mußten“. Manches hat die Verwaltung des Museums eigenmächtig wieder geradezubiegen bemüht. Aber das Regime der zahlreichen auf einmal erstaunlich für Heimatforschung interessierten SED, FDJ- und FDGB-Vertreter macht jede Restaurationsbemühung zunichte.

Der „Junge Pionier“, der heute in regelmäßigen Museumsführungen das „Märkische“ besucht, erfährt, daß Spreewald und Lausitz eigentlich zu Polen gehören müßten, weil die Sorben als slawischer Volksstamm eine weit höhere Kultur als die eingedrungenen Germanen besaßen und anderes mehr. Alles ist so entwertet worden, was einst der ehrlichen Forschung diene. Und der wissende Besucher nimmt allmählich Abschied von einem der schönsten Stücke Alt-Berlins.

„Besucherkommissionen“

Eine von der SED einberufene Konferenz forderte in diesem Frühjahr die Bildung sogenannter „Kommissionen für heimatische Forschung“ bei der „Nationalen Front“ und eines „Besucherrats“, die beide jetzt in Erscheinung getreten sind. Sie setzen sich im wesentlichen aus SED-Mitgliedern zusammen. Ihre Aufgabe ist, jeder Abtei-

Todesstrafe wegen „Fehlplanung“

Harte Urteile gegen leitende Angestellte

Berlin (Eigenmeldung). In einem Prozeß gegen leitende Angestellte des „Elektro-Apparate-Werks Treptow“ hat das Oberste Sowjetzonengericht, wie der Untersuchungsausschuß freier Juristen erfährt, gegen den Vertriebsdirektor Nellis die Todesstrafe ausgesprochen.

Der Werkdirektor Altenbrandt erhielt lebenslänglich Zuchthaus. Beiden war „Wirtschaftssabotage“ vorgeworfen worden. Sie sollen dem Werk durch „Fehlplanung“ finanziellen Schaden zugefügt haben.

Zugunglück bei Potsdam

Berlin (DPA). Ein Güterzug der Sowjetzonen-Eisenbahn ist in Drewitz bei Potsdam infolge von Oberbauschäden verunglückt. Die Lokomotive stürzte um, und drei Güterwagen wurden ineinandergeschoben. Der Zugführer kam dabei ums Leben.

Leipzig entpolitisieren!

Besucher fordern nüchternes Messeklima

Leipzig (DPA). Während einer Aussprache im Parteihaus der Leipziger CDU haben sich Besucher und Kaufleute aus der Bundesrepublik dafür eingesetzt, auf den Messen ein nüchterneres, der politischen Propaganda entkleidetes Klima zu schaffen.

In Anwesenheit Nuschkes und der Minister Steidle und Burmeister betonte der SPD-Landtagsabgeordnete Schroth aus Solingen, Bemühungen, westdeutsche Kaufleute politisch zu beeinflussen, seien sinnlos.

Zu Beschwerden westdeutscher Kaufleute über die erhöhten Autobahngebühren sagte Nuschke, falls von den zuständigen Stellen des Bundes, die offensichtlich mit der gegenwärtigen Regelung der Autobahngebühren nicht einverstanden seien, neue Verhandlungen gewünscht würden, könnten die „Notwendigkeiten der Gebührenerhöhung an Hand von Unterlagen über Instandhaltungsarbeiten und Brückenbauten nachgewiesen“ werden.

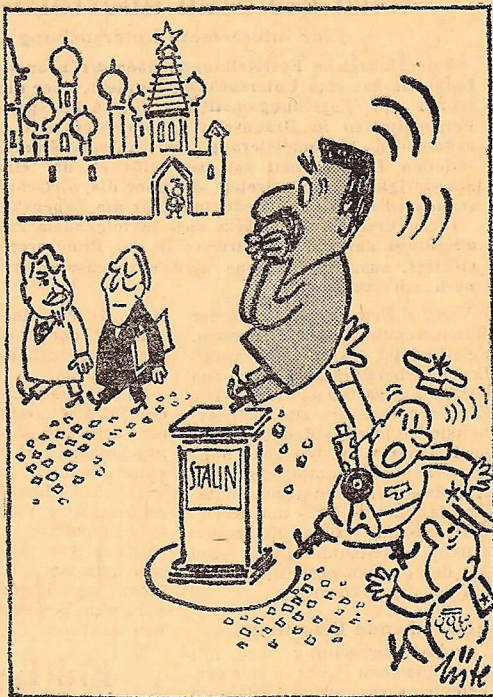
Mütterheim muß räumen

Berlin (KNA). Eines der beiden Müttererholungsheime, die das katholische Bistum Berlin in der Sowjetzone unterhält, das Theresienheim in Phöben, Kreis Potsdam, muß auf Anweisung des Rates des Kreises Potsdam-Land am 15. September geräumt werden.

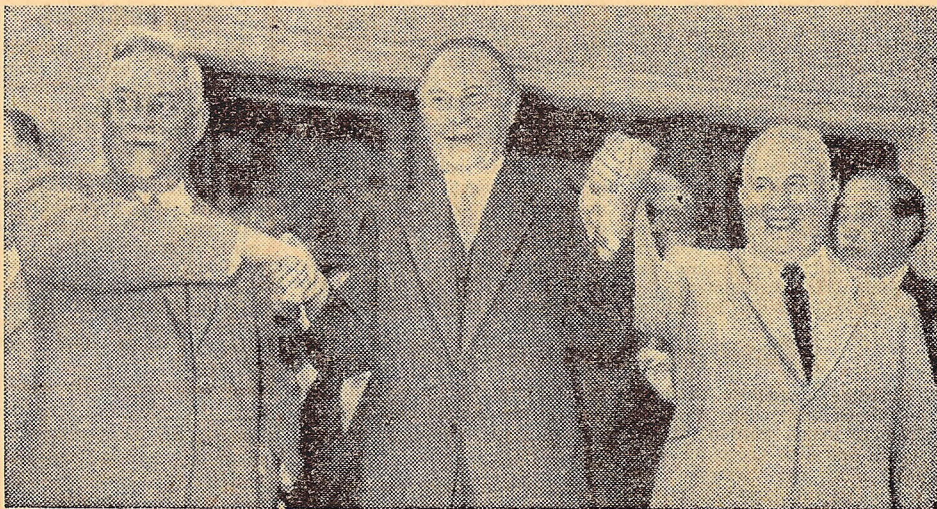


Das „Gesellschaftswissenschaftliche Institut“ beim ZK der SED hat Joachim Hemmerling den Titel „Dr. oec.“ verliehen.

„Herzlichen Glückwunsch, Genosse, damit ist bewiesen, daß die Partei der Werktätigen eine Wissenschaft für sich ist!“



Adenauer in Moskau.
„Schnell, halt' fest, der fällt ja vom Sockel!“



DAS BILD DER WOCHE, das die Ostpresse nicht veröffentlichte

Wird die Frau überfordert?

Eine interessante Untersuchung

Aufschlußreiche Feststellungen über die Frauennarbeit in der Industrie hat eine Untersuchung erbracht, über die in der Zeitschrift des Forschungsinstitutes für Arbeitspsychologie und Personalwesen in Braunschweig berichtet wird. Mit der zunehmenden Rationalisierung und Automatisierung der industriellen Frauennarbeit sei, so heißt es da, eine Reihe von Schwierigkeiten aufgetreten, die über die wirtschaftlichen Konsequenzen hinaus von Bedeutung für die Lebenskraft seien.

Diese Erscheinung drückt sich in folgendem Zahlenbild, das allerdings nur die Verhältnisse in der Bundesrepublik berücksichtigt, aus. In der Zone wird es ebenso, wenn nicht sogar noch schlimmer sein.

Von 100 Erwerbstätigen in der Bundesrepublik sind 32 Frauen. Seit 1948 ist die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte jährlich um 200 000 bis 300 000 gestiegen. Die Zahl der vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Frauen ist in den letzten zehn Jahren erheblich angewachsen. Den Hauptanteil an den Gesundheitsschäden haben Herz- und Kreislaufschäden. Die Fehlzeiten durch Arbeitsunfähigkeit sind bei den Frauen wesentlich höher als bei den Männern.

Schleichende Belastung

Diese Feststellung wird mit einer genauen Analyse des Arbeitsprozesses erklärt, der im Rahmen industrieller Serienproduktion von den Frauen verrichtet werden muß. In der Regel handelt es sich dabei um Arbeiten, die eine erheblich geringere Kraftleistung erfordern als die männliche und deshalb als „leichte Arbeit“ gelten. Auf die Dauer gesehen bedeuten sie aber keine Schonung, sondern eher eine schleichende Belastung. Bei diesen Arbeitsformen ist nämlich vielfach ein Mangel an ausgleichender Bewegung festzustellen, der auf den Organismus besonders schädlich wirkt.

So wird zum Beispiel durch ständiges Sitzen oder Stehen in einer ganz bestimmten Körperhaltung die Durchblutung gedrosselt. Das arbeitende Organ erhält zuwenig Blutsauer-

stoff. Es tritt eine vorzeitige Ermüdung der in dauernder Anspannung gehaltenen Muskelgruppen ein.

Die Untersuchung, die sich im einzelnen auf eine Reihe weiterer arbeitsphysiologischer und psychologischer Beobachtungen stützt, schließt mit dem Hinweis, daß die Gestaltung der Arbeitsplätze von Frauen diese Gesichtspunkte besonders berücksichtigen müsse, um die schematische Rationalisierung nicht zu einem unerkannten schweren Belastungsfaktor werden zu lassen.

Ein Lebensretter — 3 Jahre alt

Tapferkeitsmedaille für Anton Bouwer

Johannesburg (AP). Tausende von Kindern in der südafrikanischen Stadt Vanderbildpark jubelten, als der kleine dreijährige Anton Bouwer hochgehoben wurde, damit ihm der Bürgermeister eine silberne Tapferkeitsmedaille an seinen Sonntagsanzug heften konnte. Anton hatte sein 18 Monate altes Brüderchen Henry vor dem Tode des Ertrinkens gerettet.

Henry war beim Spielen in einen Fischteich gefallen. Die anderen anwesenden Kinder liefen, von panischer Angst erfüllt, davon, doch Anton griff nach den Hosenträgern am Spielanzug seines Brüderchens und hielt dessen Kopf solange über

Altersheim erhielt Verkehrsampel

Nürnberg (AP). Besonderes Entgegenkommen zeigte die Nürnberger Stadtverwaltung den Insassen eines Altersheimes. In Zukunft werden die alten Leute ungefährdet die Hauptverkehrsstraßen vor ihrem Haus überqueren können.

Denn direkt vor der Haustür wurde ihnen eine „private“ Verkehrsampel angebracht. Wenn ein Bewohner des Altersheimes über die Straße will, drückt er auf einen Knopf am Mast der Ampel und das Rotlicht sperrt den Straßenverkehr. Erst nach 20 Sekunden schaltet die Ampel wieder automatisch auf freie Fahrt.

Le Corbusier nach Berlin

Berlin (DPA). Le Corbusier, der bekannte französische Architekt, kommt am 21. September nach Berlin. Er hat sich bereit erklärt, ein Projekt im neuen Hansaviertel als gestaltender Architekt zu übernehmen.

Wasser, bis Erwachsene zu Hilfe eilten und Henry aus dem Wasser zogen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.